

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringerlohn monatlich 90 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3.—, Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Bettendorferplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Bettendorferplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Beauftragte werden die Gegenstände mit 80 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Internats müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 49.

Dresden, Dienstag den 29. Februar 1916.

27. Jahrg.

## Weitere siegreiche Kämpfe um Verdun.

Insgesamt 16800 Gefangene, 78 Geschütze und 86 Maschinengewehre. Verschiedene Dörfer und ein kleines Panzerwerk erstürmt.

### Sind Höchstpreise von Nutzen?

Von Robert Schmidt, N. d. R.

Im kapitalistischen Betriebe hat man sich sehr ungern an die Zwangsmaßnahmen gewöhnt, die der Krieg in der Verteilung der Produkte und der Preisfestsetzung herbeigeführt hat. Man kann sagen, daß um jeden Fortschritt in der Ordnung auf wirtschaftlichem Gebiete die Interessen der Produzenten wie des Handels eifrig um die Freiheiten des Marktes gekämpft haben. Nur dann, wenn irgendeine Gruppe selbst durch die Preissteigerung Schaden im Erwerb zu bezeichnen hatte, erklärte man sich bereit, Preisfestsetzungen zu unterziehen und zu fordern.

So ist es erklärlich, daß der Deutsche Handelsrat durch einen Beschluß des Ausschusses die Klage erhebt, daß die Zwangsmaßnahmen auf weitem Gebiet des Warenverkehrs durch eine unübersehbare Fülle von behördlichen und behördenähnlichen Stellen eine schwere Belastung von Industrie und Handel bedeuten. Er warnt weiter davor, die gemeinwirtschaftliche Regelung in wachsendem Umfang ohne zwingende Gründe auch auf den Einfuhrhandel auszuweiten. Der Beschluß des Reichstags vom 14. Januar d. J., der der Zentral-Einkaufsgesellschaft ein Monopol für den gesamten Handel in Lebensmittelgruppen ausweisen sollte, erhebt in dieser Hinsicht die Klage der Zentral-Einkaufsgesellschaft, daß sich wiederholt gegen Zwangsmaßnahmen in landwirtschaftlichen Betrieben ausgesprochen. In beiden Korporationen ist nicht eine starke Tendenz zur Behauptung des freien Marktes.

Auch aus den Kreisen der Volkswirtschaftler sind Stimmen laut geworden, die die Höchstpreispolitik grundsätzlich zurückweisen. Bemerkenswert ist unter anderem der Standpunkt von Richard Calmer, der wiederholt versucht, den Nachweis zu führen, Höchstpreise können einen Rückgang der Produktion herbeiführen und auch die Versorgung des Marktes durch den Handel behindern. Diese Auffassung ist selbst in maßgebenden landwirtschaftlichen Kreisen in dieser Allgemeinheit abgelehnt worden.

Es wird eine kurze Reskapitalisierung der hauptsächlichsten Höchstpreisfestsetzungen genügen, um zu zeigen daß grundsätzlich die Höchstpreispolitik nicht entbehrt werden konnte. Ohne Höchstpreise für Getreide hätten wir heute am freien Markt für Weizen und Roggen Preise, die weit über die festgesetzten Höchstpreise hinausgingen und uns in der Lebensmittelversorgung, wenn wir nicht weiter die Beschlagnahme und Einbeziehung der Vorräte versagt hätten, vor den vollkommenen Bankrott gebracht hätten. Der freie Handel wäre ganz unmöglich gewesen, und vor dieser Gefahr zu bewahren.

Wiel angegriffen wird die Höchstpreisfestsetzung von Kartellisten. Ohne Höchstpreise hätten wir bereits im Oktober vorigen Jahres eine Preissteigerung am freien Markt, die für den Zentner Kartoffeln bis auf 8 Mark hinaufging. Und wenn gegenwärtig die Höchstpreise der Aufwärtsbewegung kein Ziel gesetzt hätten, so würden wir sicher mit Preisen zu rechnen haben, die über 100 Prozent Ausschlag weit hinausgegangen wären. Es ist eine durchaus richtige Annahme, daß das schnelle Sinken der Preise die Ware an den Markt bringt. Alle Erfahrung spricht dafür, daß das Gegenteil eintritt. Die Interessenten rechnen damit, daß von Tag zu Tag der Preis sich hebt und man ist darauf bedacht, möglichst die weitere Steigerung abzuwarten. Bei der Höchstpreispolitik ist hier nur ein Fehler gemacht: es mangelte an einer strikten Durchführung des Verkaufszwanges, oder, wie es in der Bundesratsverordnung heißt, des Abgabenzwanges der Produzenten.

Auch in der Fleischversorgung wird behauptet, gerade im Hinblick auf die Festsetzung der Preise für Schweine, daß hier zu einem recht beträchtlichen Mittel geübt worden sei. Die Höchstpreisfestsetzung hatten hier den Mangel, daß sie nicht den Preis für Schweine ab Stellen anordnete. Der Rückgang im Auftrieb von Schweinen auf dem Schlachtwirtschaftsmarkt ist nicht auf die Höchstpreise zurückzuführen, sondern auf die Umgehung des Schlachtwirtschaftsmarktes und den Verkauf ohne Preiskontrolle für die Fleischer und Metzgerbetriebe. Wäre hier sofort eine Regelung und Ordnung beim Verkauf und Ankauf herbeigeführt worden, dann hätte der Handel andere Wege gehen müssen. Es wird sich übrigens sehr bald zeigen, daß wir ohne Höchstpreise für Rindfleisch auch nicht auskommen, es sei denn, daß man den weiteren unersichtlichen Steigerungen seine Grenzen ziehen will.

Eine Höchstpreispolitik, die die Gewinne der Zuckerraffinerien ins Maßlose steigert oder, um ein anderes Beispiel anzuführen, die Zuckererzeuger zu den gewinnbringendsten Unternehmungen gestaltet, wird mit Recht angefochten. Aber das ist kein grundsätzlicher Fehler der Höchstpreispolitik, sondern eine verkehrte Anwendung ausgenutzten kapitalistischer Interessen.

Unsere Volkswirtschaft während des Krieges muß die Tendenzen der kapitalistischen Regelung zu einem guten Teil aufweichen. Sie muß die vorhandenen Waren verteilen, sie braucht dabei Höchstpreise nicht festzusetzen, die dem Produzenten oder Händler schaden. Die

(W. L. R.) Antlich. Großes Hauptquartier, den 29. Februar 1916.

### Westlicher Kriegsschauplatz:

Die verstärkte Artillerietätigkeit hielt an vielen Stellen an. Dießlich der Naas stürmten wir ein kleines Panzerwerk dicht nordwestlich des Dorfes Douaumont. Erneute feindliche Angriffsversuche in dieser Gegend wurden schon in der Entwicklung erstickt.

In der Woche überschritten unsere Truppen Dieppe, Abancourt, Blangy. Sie säuberten das ausgedehnte Waldgebiet nordöstlich von Vatrouville und Douaumont und nahmen im tapferen Anlauf Manheulles sowie Champlou. Bis gestern abend waren an unüberwundenen Gefangenen

gezählt 228 Offiziere, 16575 Mann. Ferner wurden 78 Geschütze, darunter viele schwere neuerer Art, 86 Maschinengewehre und unübersehbares Material als erbeutet gemeldet. Bei der Försterei Thiville (nordöstlich von Vatrouville) wurde ein vorspringender Teil der französischen Stellung angegriffen und genommen. Eine größere Anzahl Gefangener blieb in unserer Hand.

### Westlicher Kriegsschauplatz:

und  
Balkan-Kriegsschauplatz:

Die Lage ist unverändert. Oberste Heeresleitung.

### Der französische Seeresbericht.

Paris, 29. Februar. Antlich. Kriegsbüro: Von gestern nachmittag: In Belgien beschossen unsere Batterien die deutschen Einrichtungen gegenüber von Sternstraße. In der Champagne gelang es dem Feinde in der Gegend der Farm Rostin im Norden von Souain durch einen Handstreich in einige Teile unserer vorgeschobenen Linie und unserer Unterstützungsgraben einzudringen. In der Gegend nördlich von Verdun dauert die heftige Beschlebung fort, besonders im mittleren Abschnitt und in dem rechten Abschnitt gegen Verdun. Auf die Côte de Verdre wurde kein neuer Angriffsvorstoß gemacht. Gestern abend versuchten die Deutschen wiederum mehrmals, uns das Dorf Douaumont zu entreißen. Ihre Anstrengungen brachen sich an dem Widerstand unserer Truppen, die auch durch die weitestgehenden Angriffe nicht zum Wanken gebracht wurden. Am Fort de Douaumont, das eng umschlossen bleibt, ist die Lage unverändert. Auf dem Gelände im Norden des Dorfes Raucourt ist der Kampf weniger heftig. In Woivre haben der Feind gestern abend und im Laufe der Nacht eine lebhaftere Haltung an. Die Eisenbahnlinie Elz wurde durch Angriff und Gegenangriff der beiden Gegner genommen und wieder genommen. Sie blieb in unserem Besitz. Alle Angriffe gegen die Höhe 255 südlich des Elz waren nicht ins Auge, uns davon zu verdrängen. Ein weiterer südlich angelegter deutscher Angriff gegen Manheulles scheiterte vollständig. Unsere Artillerie erwiderte energisch die feindliche Beschlebung auf der ganzen Front. In den Vogesen beschossen wir mehrere feindliche Quartiere in der Gegend von Van de Sapt.

Antlich. Bericht von gestern abend: In den Argonnen haben unsere schweren und unsere Feldbatterien ihre Feuer auf die

Zugangstragen des Feindes gerichtet, besonders in der Gegend des Schützels von Choppin. Am Morgen haben wir beim Hügel 285 eine Mine springen lassen und den Trichter besetzt. In der Gegend nördlich von Verdun ist die Tätigkeit der feindlichen Artillerie nach immer sehr lebhaft, außer im Abschnitt westlich der Naas, wo ein gewisses Nachlassen der feindlichen Beschlebung gemeldet wird. Die Deutschen haben im Laufe des Tages mehrere Zeitangriffe versucht, die durch unser Feuer und unsere Gegenangriffe zurückgewiesen wurden. Besonders westlich des Forts Douaumont haben unsere Truppen einen Kampf Mann gegen Mann geliefert. Der Gegner wurde aus einer kleinen Redoute vertrieben, in der er sich hatte einrichten können. In Woivre sind zwei Angriffe auf Fresnoy vollständig gescheitert. In Woivre haben sich unsere Artillerie sehr tätig gezeigt im Abschnitt Reillon, Demerze und Vadentweiler.

### Deutschland und Amerika.

Washington, 28. Februar. Reuters. Der Reichsjäger Graf Bernstorff hat der Regierung mitgeteilt, daß Deutschland seinen Anschlag, seine Anstrengungen zur Verrentung bewaffneter Handelschiffe ohne Warnung abzuändern oder ihr Zutritt zu hindern abzuschließen. Der Vertreter Oesterreich-Ungarns machte der Regierung eine ähnliche Mitteilung.

### Die Opfer beim Untergang der Maloja.

London, 29. Februar. Antlich wird mitgeteilt: 72 Passagiere des Dampfers Maloja wurden gerettet; 49 werden vermißt. 93 Mann der europäischen Besatzung wurden gerettet; 29 werden vermißt. 187 Mann der Eingeborenen-Besatzung wurden gerettet; 86 werden vermißt.

Preise sind reichlich hoch und gewähren dem im heutigen Betriebe geforderten Gewinn sogar recht reichlich. Bedenklich ist allerdings der Grundcharakter der Preise nach einem gewissen Zeitraum zu erhöhen. Das muß in gewissen Kreisen, denen der Sinn für Gemeinnützigkeit fehlt, nur neuen Anreiz zu Preissteigerungen geben und damit Unzufriedenheit und Unannehmlichkeiten in der Marktwirtschaft herbeiführen. Wenn beschlagnahmte Waren zurückgehalten werden, so ist es viel richtiger, den Grundbesitz zu besetzen, den die sozialdemokratische Partei im Reichstage geltend gemacht hat: die Preise für eine spätere Zeit zu senken, damit der Produzent genötigt wird, seine Waren abzugeben. Gegenüber dem Handelsrat auch mit aller Entschiedenheit betont werden, daß in unserer Lebensmittelversorgung die gemeinwirtschaftliche Regelung eine wichtige Rolle spielt und gegenwärtig gar nicht entbehrt werden kann. Gerade die Gemeinden sind in der Lage, vorteilhaft einzukaufen und den wüsten Spekulationen entgegenzutreten. Ebenso wichtig ist die Regelung des Einkaufs im Ausland durch eine Zentrale. Wiederholt hat sich ergeben, daß die Unzulänglichkeiten des Handels im Ausland die Preissteigerung in unerhöhter Art hervorgerufen hat. Demgegenüber hilft nur eine Regelung im Ankauf, die nicht wie der Handel den Grundbesitz aufstellt, es ist gleich, zu welchen Preisen die Ware herankommt, denn der Markt bietet die Gelegenheit zum Abzug. In der gleichen Richtung bewegt sich, wie schon erwähnt, Richard Calmer. Er verlangt: wir müssen durch reichliche Preise die Produktion anregen. Das bedeutet den Preissteigerungen freien Lauf lassen zum Schaden der Bevölkerung und kann in das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung umschlagen. Eine hohe Preispolitik für landwirtschaftliche Produkte würde den Anreiz zur intensiven Wirtschaft nehmen, weil schon mit geringem Ertrag, viel leicht auch mit viel weniger Bewirtschaftung der Bodenfläche die Rentabilität des Unternehmens gesichert wäre. Wenn es eintrat, so daß größere Weiser Ländereien brach liegen lassen, weil ihnen die Preise für die Produkte nicht genügend Gewinn versprechen, so gäbe es ein einfaches Mittel, diesem Umfang zu steuern: es genüge, wenn diese Ländereien zu einem mäßigen Pachtzins an Landarbeiter und Industriearbeiter der Pachtgemeinden zur Bewirtschaftung vergeben würden. Es würde dann sehr schnell das drohende Terrain nutzbringend erschlossen werden. Wir unternehmen heute so weitgehende

Eingriffe in die Privatrechte des Einzelnen, daß, sollte es sich hier als notwendig erweisen, von einem solchen Zwange nicht Abstand genommen werden könnte, zumal wir heute jedes Stück Land gebrauchen, um es der landwirtschaftlichen Produktion dienstbar zu machen. Die Nahrungswirtschaft hat bereits an der kalifornischen Theorie Geschmack gefunden. Sie verteidigt die hohen Gewinne gegen die Kriegsgewinnsteuer, weil sonst der Anreiz zur vollen Ausnutzung des Bodens abgenommen würde. Das ist die Konsequenz dieser Theorie, die uns die Zauberkraft des freien Spiels der Kräfte erhalten will, an die heute auch die extremsten Wanderschaften nicht mehr glauben.

Obwohl mit Recht über hohe Preise unserer Lebensmittel geklagt wird, so werden wir bei einer ruhigen Beurteilung der Sachlage nicht bestreiten können, daß uns die Höchstpreispolitik vor dem sicheren volkswirtschaftlichen Zusammenbruch bewahrt hat und Preise sicherte, die gegenüber dem freien Markt sehr zum Vorteil der gesamten Bevölkerung gewesen sind. Traglich ist nur, daß nicht mehr geschehen konnte. Eine konsequente Durchführung der Höchstpreise, verbunden mit einer Beschlagnahme und dem Verkaufszwang, einer Einsetzung der Vorräte, wo Mangel vorhanden ist, muß auch gegenwärtig nach aller Erfahrung als allein richtig anerkannt werden. Sehr bedenklich ist allerdings der Weg, daß aus Staatsmitteln Zuschüsse zu den Preisen gewährt werden, wie es bei den Kartoffeln geschieht. Bedenklich deshalb, weil ein berechtigter Anspruch für diese hohen Preise vom Produzenten nicht geltend gemacht werden kann.

Will man der ärmeren Bevölkerung behilflich sein, ihren Lebensunterhalt herbeizuschaffen, so ist die Durchführung der Unternehmung an die Kollektiven weit berechtigter als die Gewährung von Zuschüssen an Interessentenkreise, die sich heute in einer Notlage nicht befinden. Wir muß es deshalb heißen: energische Durchsetzung der Höchstpreispolitik und Durchbrechung unerbittlicher Kräfte des Handels und der Landwirtschaft.